



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Christine Kamm, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Zentrale Servicestelle für die Öffentliche Vergabe

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine zentrale Servicestelle für die Öffentliche Vergabe einzurichten, die die öffentlichen Auftraggeber bei allen Belangen der Öffentlichen Vergabe insbesondere im Hinblick auf faire Beschaffung im Sinne von ökologischen und sozialen Kriterien berät.

Zusätzlich soll diese Servicestelle mittelfristig zu einer zentralen Vergabestelle ausgebaut werden, die öffentliche Aufträge in bestimmten Bereichen bündelt, um die Nachfragemacht der Auftraggeber zu stärken und somit bessere Möglichkeiten für eine ökologische und soziale Beschaffung zu erreichen.

Begründung:

Die Anhörung „Umsetzung fairer Beschaffung der öffentlichen Hand“ am 28. Juni 2016 im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat gezeigt, dass die gesetzlichen Möglichkeiten für eine ökologische und soziale Beschaffung zwar besehen, diese Möglichkeiten aber zu wenig genutzt werden, vor allem weil die Kriterien zu wenig in den Ausschreibungen berücksichtigt werden. 90 Prozent aller Vergaben werden daher immer noch nur nach dem Preis entschieden.

Gerade in Bayern gibt es viele kleine Kommunen. Wir haben eine sehr kleinteilige Vergabestruktur. Um hier eine gewisse Nachfragemacht zu erreichen, ist die Organisation einer größeren Nachfrage für Beschaffung unter Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Kriterien sehr wichtig. Nur durch die Bündelung der Beschaffung von Fußbällen durch die Stadt München konnte z.B. ein entsprechendes Angebot von Fußbällen entstehen, bei deren Produktion Produzenten und Produzentinnen fair bezahlt werden und insbesondere keine Bälle aus ausbeuterischer Kinderarbeit mehr verwendet werden. Mittlerweile übernimmt z.B. in Thüringen nicht jede Schule selbst die Beschaffung von Fußbällen, sondern das wird in der jeweiligen Stadt zentral organisiert.

Mit gemeinsamer Beschaffung und Kooperation verschiedener Behörden, Einrichtungen oder Kommunen kann das Angebot an fair hergestellten Produkten entsprechend ökologischer und sozialer Kriterien deutlich ausgeweitet werden.